

FISKALRAT

Austria ■

Mittelfristiger Budgetpfad Österreichs im Licht wirtschaftspolitischer Herausforderungen

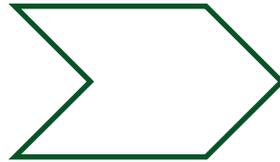
Christoph Badelt
Präsident des Fiskalrates

Bernhard Grossmann
Leiter des Büros des Fiskalrates

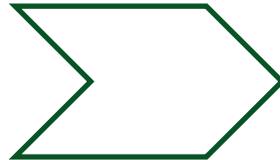
Wien, 6. Juni 2023

FISK ■ FISK-Fiskalregelbericht zur Beurteilung der mittelfristigen Budgetentwicklung Österreichs

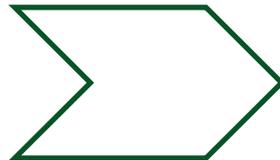
Budgetprognosen für den Gesamtstaat
2023 bis 2027



Fiskalregelüberwachung
2022 bis 2024 und Ausblick



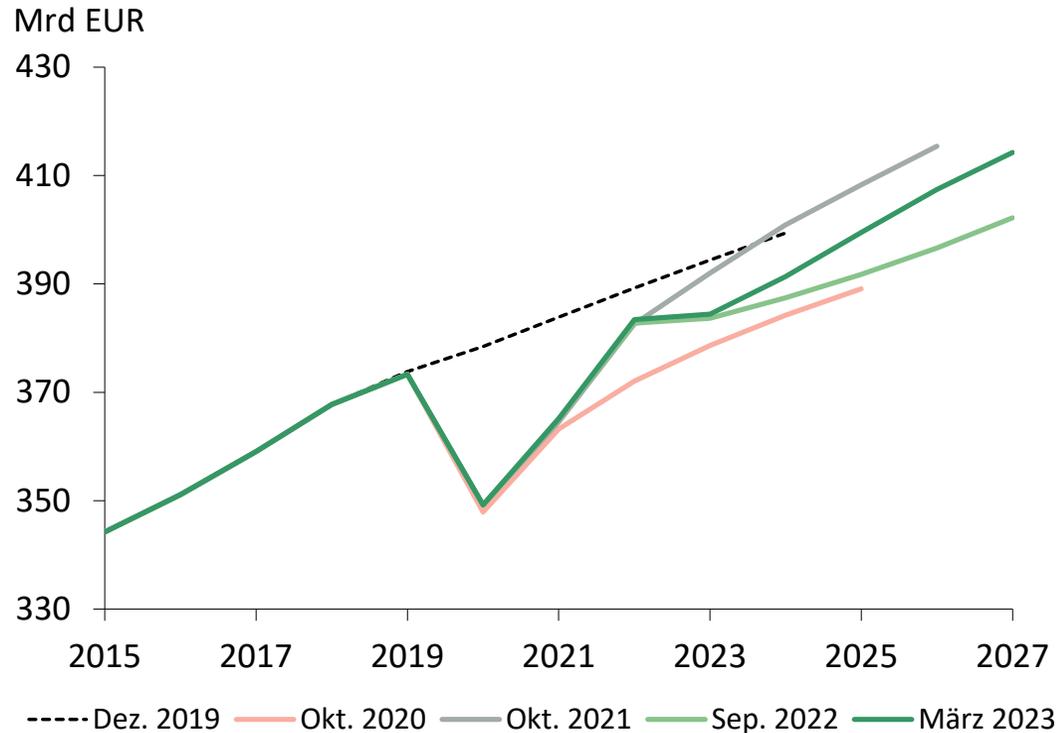
Empfehlungen des FISK für 2023



FISK-Budgetprognose 2023 bis 2027

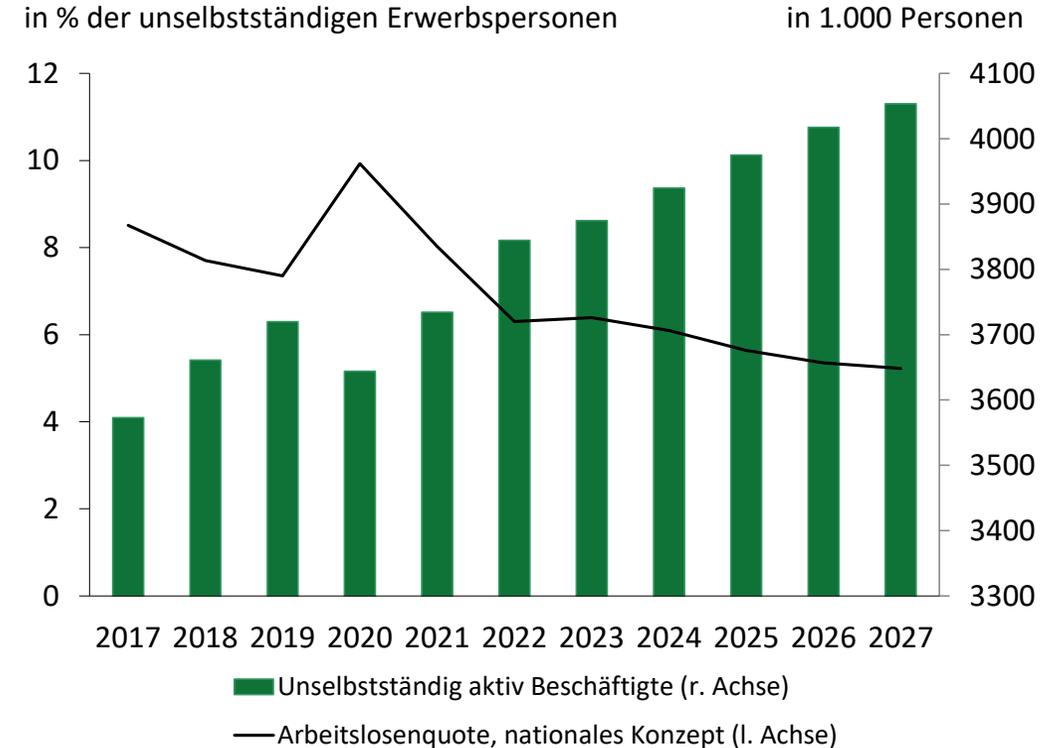
FISK Wirtschaftliche Beschleunigung ab 2. Jahreshälfte 2023

Reales BIP



Quelle: WIFO-Mittelfristprognosen.

Arbeitslosenquote und unselbstständig aktiv Beschäftigte

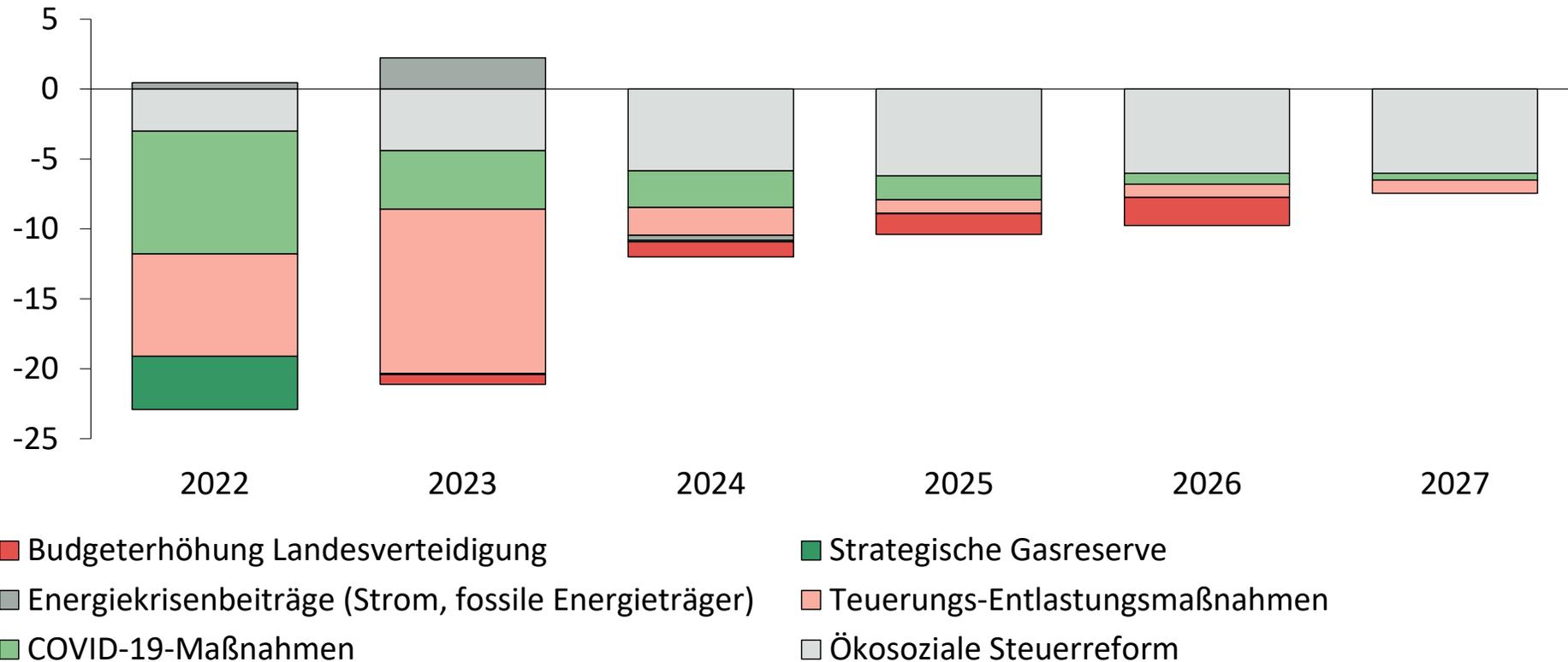


Quelle: WIFO-Mittelfristprognose März 2023.

- Deutlich optimistischerer mittelfristiger Ausblick als noch im Herbst
- Hohes nominelles BIP-Wachstum infolge der Inflation
- Weiterhin robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt

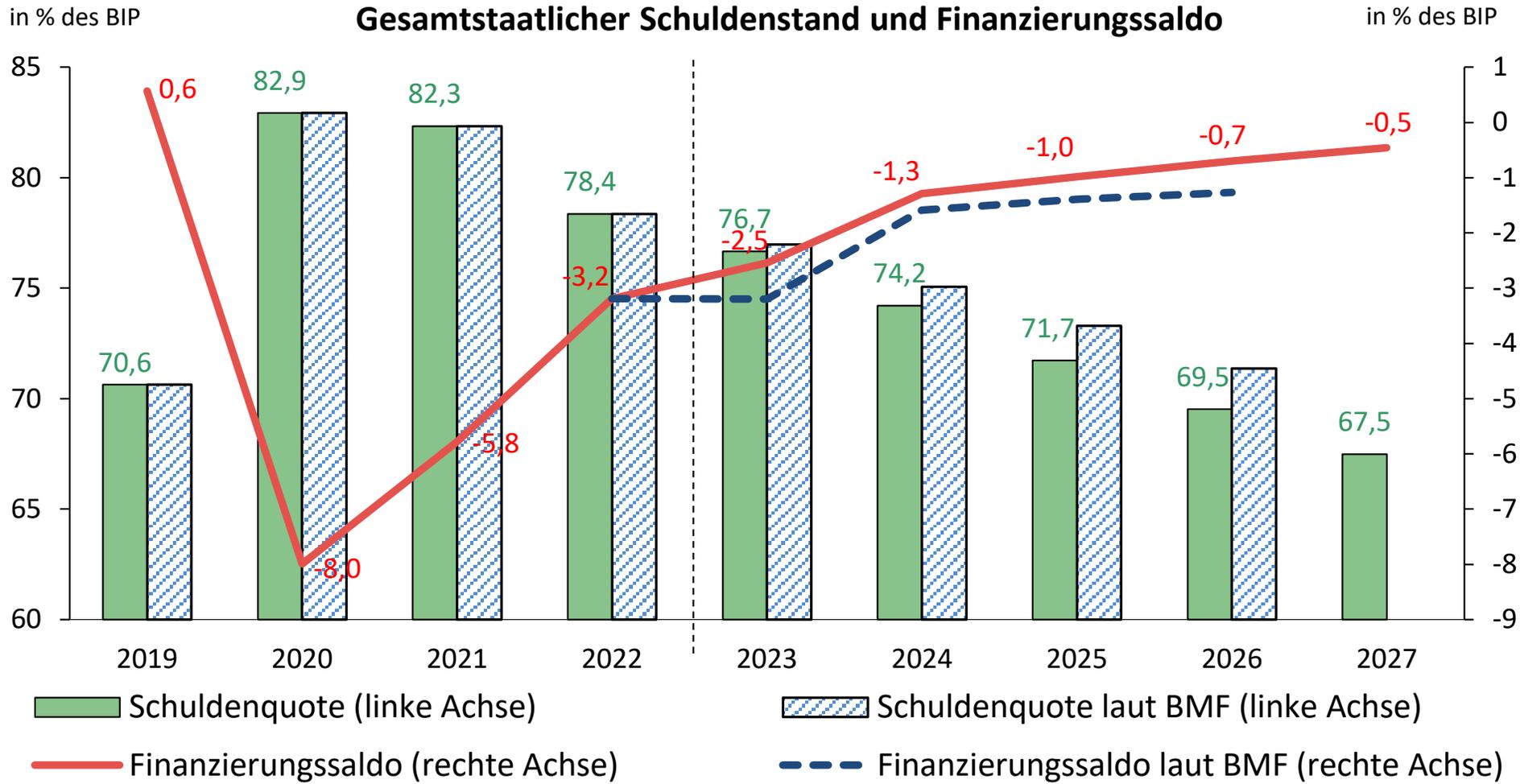
Rückgang der COVID-19-Maßnahmen wird durch Anti-Teuerungspakete weitgehend kompensiert

in Mrd EUR **Budgetäre Wirkung ausgewählter Maßnahmenpakete versus 2019**



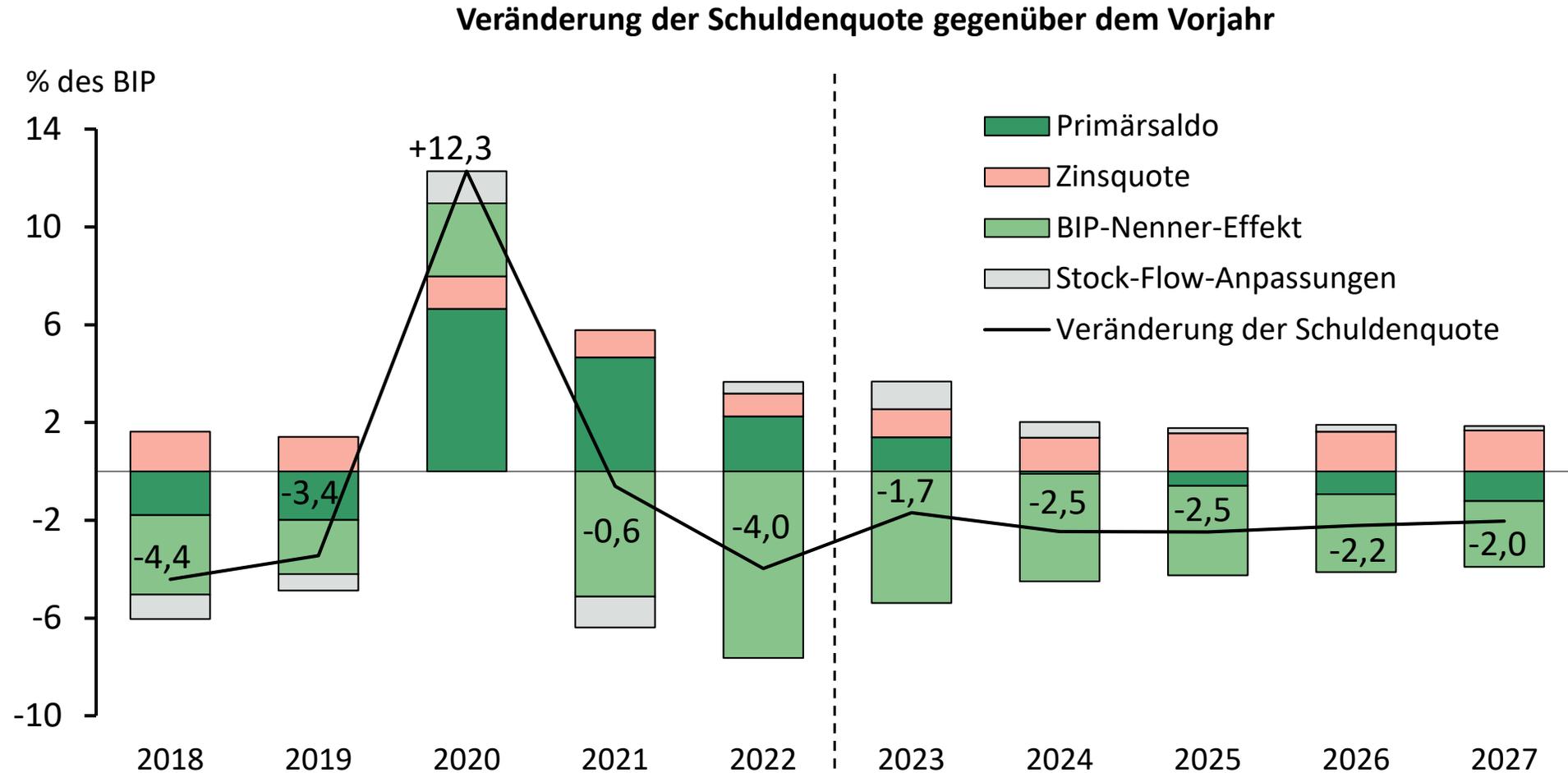
Quelle: FISK-Frühjahrsprognose.

FISK ■ Auslaufen krisenbedingter Maßnahmen und Konjunktur senken Defizit und Schuldenquote



Quellen: Statistik Austria, FISK-Frühjahrsprognose 2023 und Stabilitätsprogramm 2022 bis 2026.

FISK Rückgang der Schuldenquote basiert vorrangig auf hohem nominellen Wirtschaftswachstum



*) "-" reduziert, "+" erhöht die Schuldenquote.

Quellen: Statistik Austria, WIFO und FISK-Frühjahrsprognose 2023.

FISK Erfüllung beider Maastricht-Kriterien ab 2023

| Gesamtstaatliche Fiskalindikatoren Österreichs (in % des BIP) | 2022 | EK-Schätzung | | FISK-Schätzung | | BMF-Schätzung | |
|--|----------------------------|--------------|------|----------------|------|---------------|------|
| | | 2023 | 2024 | 2023 | 2024 | 2023 | 2024 |
| Finanzierungssaldo laut Maastricht | -3,2 | -2,4 | -1,3 | -2,5 | -1,3 | -3,2 | -1,6 |
| Struktureller Budgetsaldo | Allgemeine Ausweichklausel | | | | | | |
| Gesamtausgaben (nominell, adaptiert, ohne Einmalmaßnahmen, Veränderung in %) | | | | | | | |
| Verschuldung (Jahresendstände) | 78,4 | 75,4 | 72,7 | 76,7 | 74,2 | 77,0 | 75,1 |
| Staat insgesamt | | | | | | | |
| Maastricht-Defizit von max. 3% des BIP | ⊗ | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ | ⊗ | ✓ |
| MTO ¹⁾ von max. -0,5% des BIP | Allgemeine Ausweichklausel | | | | | | |
| Ausgabenwuchs des Staates | | | | | | | |
| Rückführung der Schuldenquote | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ |

Legende: ✓ ... Fiskalregel erfüllt, ⊗ ... Fiskalregel nicht erfüllt, ⊗ ... Fiskalregel nicht erfüllt und erhebliche Abweichung

1) Mittelfristiges Budgetziel ("medium term budgetary objective" - MTO).

Quellen: FISK-Frühjahrsprognose 2023, EK-Frühjahrsprognose (Mai 2023), BMF-Stabilitätsprogramm (April 2023), WIFO-Prognose (März 2023) und eigene Berechnungen.

- Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU – neues Legislativpaket in Diskussion:
 - Netto-Primärausgaben als neue Ziel- und Steuerungsgröße
 - Stärkung der Fiskalräte (Independent Fiscal Institutions – IFI)

Empfehlungen zur Fiskalpolitik

FISK ■ Hohe geplante Budgetdefizite der Bundesregierung ...

Ausgangslage:

- Hohe jährliche Budgetdefizite wegen Pandemie und starken Preisanstiegs seit 2020
- Budgetplanung des BMF mit weiterhin hohen Budgetdefiziten, trotz
 - Auslaufens krisenbedingter Maßnahmen
 - Guter Konjunkturerwartungen
 - Guter Arbeitsmarktentwicklung
- Rückgang der Staatsschuldenquote unter 70% des BIP ab 2026
 - Weitgehend Folge hoher Inflation bzw. hohen nominellen BIP-Wachstums
 - Nur in geringem Maße Folge der Wirtschaftspolitik
 - Raschere Rückführung durch laufende Budgetdefizite verhindert

FISK ... ambitionierte Rückführung der Budgetdefizite nötig

Empfehlungen:

- Umsetzung eines ambitionierteren Budgetpfads zur raschen Rückführung der Schuldenquote
- Temporäre, krisenbedingte Maßnahmen konsequent auslaufen lassen
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit Ausnahme von Zukunftsinvestitionen gegenfinanzieren
- Bessere Koordination von Geld- und Fiskalpolitik

FISK ■ Mittelfristig zusätzliche hohe Budgetbelastungen ...

Ausgangslage:

- Krisenbedingt starker Anstieg der Staatsschuldenquote auf 78,4% des BIP (2022)
- Relative Bonitätsverschlechterung Österreichs
 - Höhere Renditeaufschläge von österreichischen zu deutschen Bundesanleihen
 - Anstieg der Finanzierungskosten
- Mittelfristig zusätzliche Belastungen des Staatshaushalts
 - Dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz
 - Klimabedingte budgetäre Risiken
 - Voranschreitender demografischer Wandel
 - Weiter steigende Zinsausgaben

FISK ■ ... budgetäre Spielräume zur Begegnung fiskalischer Risiken und mittelfristiger Herausforderungen schaffen

Empfehlungen:

- Nachhaltige Rückführung der Staatsschuldenquote zur Wiedererlangung fiskalischer Spielräume
- Verbesserungen bei der Organisation von Pflegeleistungen sowie nachhaltige Finanzierung
- Keine außertourlichen gesetzlichen Eingriffe in das Pensionssystem, die die Nachhaltigkeit des Pensionssystems und damit der öffentlichen Finanzen gefährden

FISK ■ Reformstau bei gebietskörperschaftsübergreifenden Aufgabenbereichen ...

Ausgangslage:

- Verschiebung notwendiger Strukturreformen durch Verlängerung des Finanzausgleichsgesetzes 2017–2021 um zwei Jahre
 - Ausstehende Entflechtung der Finanzierungsstruktur von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern z. B. in der Gesundheitsversorgung
 - Bislang keine Resultate bei einer weitreichenden Bundesstaatsreform, einer Reform der Grundsteuer und der Effizienzerhöhung in staatlichen Aufgabenbereichen
- Deutlicher Anstieg zukünftiger Staatsausgaben für Pflege und Gesundheit
 - Voranschreitender demografischer Wandel
 - Klimawandel
 - Medizinisch-technologische Entwicklung
- Unterdurchschnittlicher Gesundheitszustand der heimischen Bevölkerung im Alter 65+
- Rückgang der Anzahl an Medizinabsolventinnen und -absolventen

FISK ... neuen Finanzausgleich zur Erhöhung der Kosteneffizienz in der Gesundheitsversorgung nutzen

Empfehlungen:

- Beitrag des Finanzausgleichs zur effizienteren Organisation und Finanzierung der Gesundheitsversorgung
 - Zusammenführung der Finanzierung
 - Gemeinsame, verbindliche Steuerung und Planung der gesamten Versorgung
- Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Gesundheit mit Fokus auf Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung
- Orientierung der tatsächlichen Anzahl der Ausbildungsplätze für Ärztinnen und Ärzte am Bedarf in den jeweiligen Fachbereichen
- Schaffung adäquater Rahmenbedingungen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung (z. B. Arbeitsplatzattraktivität, Regelungen zur Arbeitsteilung der Gesundheitsberufe)
- Finanzausgleichsverhandlungen für weitere Effizienzerhöhungen nutzen (z. B. Stärkung der Abgabenaunomie von Ländern und Gemeinden, erhöhte Aufgabenorientierung)

FISK ■ Verfehlung von Klimaschutzzielen ohne zusätzliche Maßnahmen ...

Ausgangslage:

- Bisheriger Maßnahmenmix zur Reduktion der Treibhausgasemissionen ist nicht ausreichend, um EU-Emissionsziele von Österreich zu erreichen
- Hohe Kosten für Emissionszertifikatsankäufe bzw. Strafzahlungen zu erwarten
- Weitere budgetäre Risiken aufgrund des Klimawandels
 - Investitionskosten
 - Folgekosten für das Gesundheitssystem
 - Wirtschaftliche Auswirkungen von Extremwetterereignissen
 - Etc.

FISK ... zusätzliches Maßnahmenbündel und gesetzliche Grundlagen zur Erreichung der Klimaziele nötig

Empfehlungen:

- Budgetäre Mittel für dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz freimachen
- Bedachtnahme auf die Kosteneffizienz von Maßnahmen
 - Besonderes Augenmerk auf ordnungspolitische und bewusstseinsbildende Maßnahmen
 - Vermeidung von Mitnahmeeffekten
- Schaffung notwendiger rechtlicher und administrativer Rahmenbedingungen für die Absorption der bereitgestellten öffentlichen Mittel
- Zügige Verabschiedung u. a. des Klimaschutzgesetzes, des Energieeffizienzgesetzes und des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes
- Lenkungseffekte höherer Energiepreise nutzen und in der Ausgestaltung geplanter Regulierungen und Ausgleichszahlungen berücksichtigen
- Für Kostenverteilung innerösterreichische Lösung finden und mehr Verantwortung der EU einmahnen

FISK ■ Hohe budgetäre Belastung aufgrund der Teuerungs-Entlastungsmaßnahmen im Jahr 2023 ...

Ausgangslage:

- Hohe Budgetbelastung durch Teuerungs-Entlastungsmaßnahmen in Höhe von 7,3 Mrd Euro (2022) und 11,7 Mrd Euro (2023)
- Temporäre Unterstützungsleistungen vorwiegend als Überbrückung
 - ▣ Sicherung realer Kaufkraft von Haushalten bis zur Inflationsanpassung von Löhnen und Sozialleistungen
 - ▣ Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen
- Wegfall der Notwendigkeit breit angelegter Unterstützungen im Jahr 2023
 - ▣ Stärkerer Anstieg der Arbeitseinkommen pro Kopf als Verbraucherpreise
 - ▣ Rückläufige Energiepreise und laufende Anpassung der Unternehmen an Marktgegebenheiten
- Steigende manifeste Armut in Österreich
- Nicht treffsichere Unterstützungsleistungen als möglicher Inflationstreiber

FISK ... breit angelegte Teuerungs-Entlastungsmaßnahmen auslaufen lassen, Treffsicherheit in Zukunft erhöhen

Empfehlungen:

- Konsequentes Auslaufen temporärer Teuerungs-Entlastungsmaßnahmen
- Keine neuen, breit angelegten Stützungsmaßnahmen
- Überdenken noch nicht verabschiedeter Maßnahmen
- Neue Unterstützungsleistungen ausschließlich zielgerichtet und treffsicher für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen
- Schaffung und rasche Umsetzung einer Datenbasis für Haushaltseinkommen
- Verstärkt auf zeitnahe Verfügbarkeit und einfache Abholbarkeit von Förderleistungen achten
- Zur aktiven Bekämpfung von Armut in Österreich Höhe der Sozialtransfers überprüfen
 - Temporäre Unterstützung zur realen Wertsicherung des Arbeitslosengeldes
 - Vermeidung von manifester Armut bei Bezieherinnen und Beziehern von Notstandshilfe

FISK ■ Lockerungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU noch bis Ende 2023 ...

Ausgangslage:

- Bis Ende 2023 vorübergehende Abweichungen von strukturellen Budgetvorgaben der EU aufgrund multipler Krisen erlaubt („allgemeine Ausweichklausel“)
- Anwendung der nationalen Fiskalregeln analog zur Vorgangsweise auf EU-Ebene ausgesetzt
- 2024 bestehende Regelungen wieder in Anwendung
- Verfahren wegen übermäßiger Defizite erst ab Frühjahr 2024 möglich
- Strukturelle Budgetüberschüsse laut Österreichischem Stabilitätspakt für 2024 nötig
 - Land Vorarlberg
 - Gemeinden Tirols und Vorarlbergs
- Gegenwärtig Verhandlungen über das Legislativpaket zu einem reformierten Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)

FISK ■ ... ehestmöglich Konsistenz zwischen dem heimischen und EU-weiten Fiskalregelwerk herstellen

Empfehlungen:

- Nach Finalisierung des Legislativpakets zum SWP umgehend Überlegungen zur inner-österreichischen Umsetzung anstellen
 - Konsistenter und effektiver Fiskalrahmen zur Koordination aller gebietskörperschaftlichen Ebenen
 - Vereinfachtes Regelwerk und verbesserte Steuerungselemente
- Bis zur Inkraftsetzung des neuen Fiskalrahmens der EU die Zweckmäßigkeit der bestehenden Regelungen und gegebenenfalls alternative Vorgangsweisen prüfen
- Schuldentrückführungspfade sollten neue Verschuldungsverhältnisse berücksichtigen
- Bestimmungen im Österreichischen Stabilitätspakt vermeiden, die dessen Intention untergraben

DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

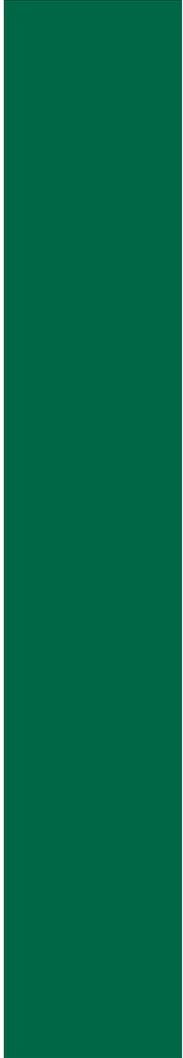
Rückfragehinweis

Christoph Badelt,
Präsident des
Fiskalrates

Bernhard Grossmann,
Leiter des Büros des
Fiskalrates



Anhang

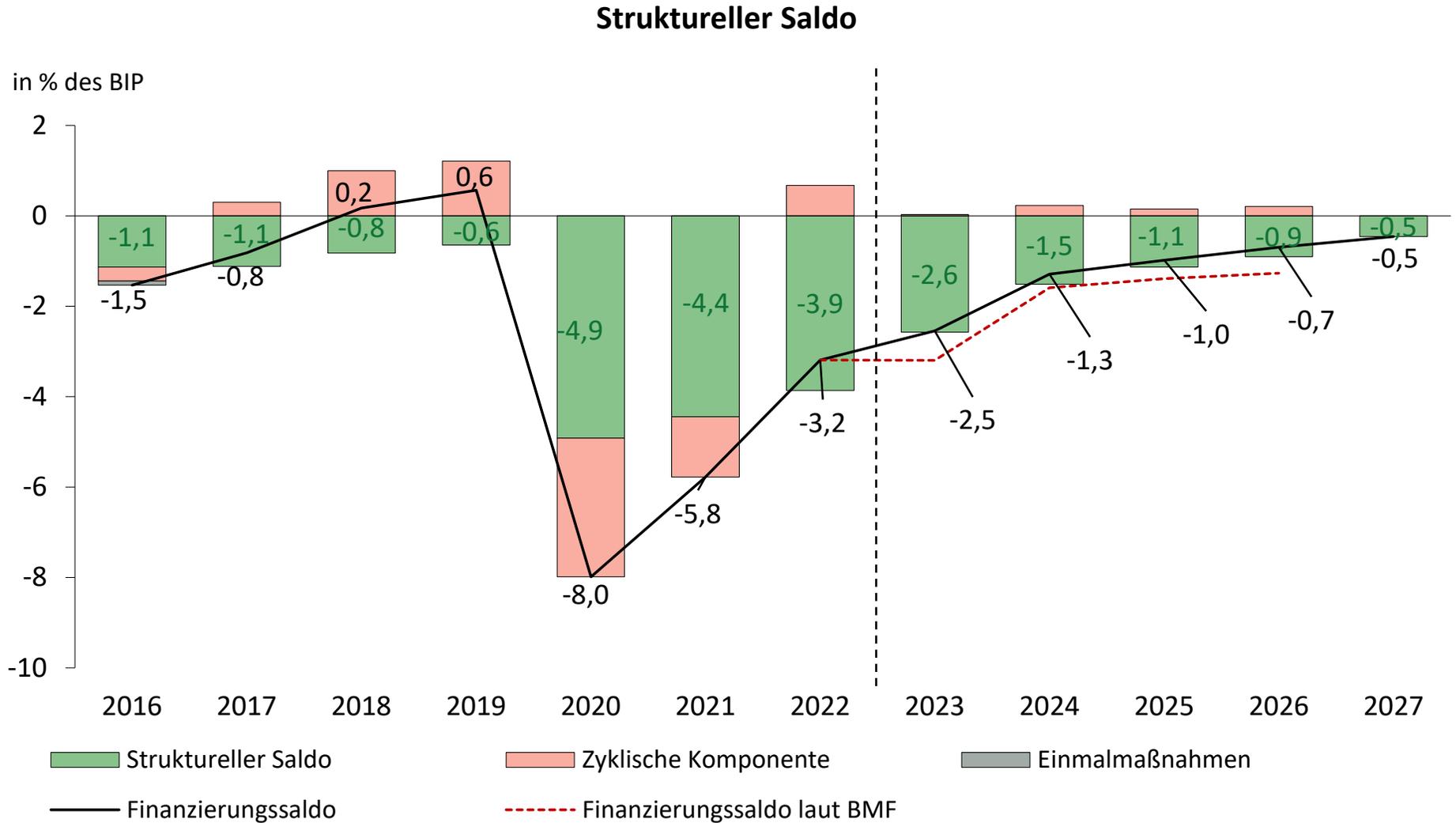


| | ESVG-Code | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | | in % des BIP | | | | | |
| Gesamteinnahmen | TR | 49,5 | 49,3 | 48,9 | 48,8 | 48,7 | 48,6 |
| Produktions- und Importabgaben | D.2 | 13,8 | 14,1 | 13,8 | 13,6 | 13,6 | 13,5 |
| Einkommen- und Vermögensteuern | D.5 | 14,4 | 13,7 | 13,6 | 13,5 | 13,5 | 13,5 |
| Vermögenstransfers | D.9 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 |
| Sozialbeiträge | D.6 | 15,1 | 15,2 | 15,5 | 15,7 | 15,7 | 15,6 |
| Vermögenseinkommen | D.4 | 0,8 | 0,9 | 0,7 | 0,7 | 0,7 | 0,7 |
| Sonstige | | 5,3 | 5,2 | 5,2 | 5,1 | 5,1 | 5,1 |
| Gesamtausgaben | TE | 52,7 | 51,8 | 50,2 | 49,8 | 49,4 | 49,1 |
| Arbeitnehmerentgelt | D.1 | 10,3 | 10,4 | 10,5 | 10,4 | 10,3 | 10,3 |
| Intermediärverbrauch | P.2 | 7,2 | 6,7 | 6,5 | 6,3 | 6,2 | 6,1 |
| Monetäre Sozialleistungen | D.62 | 18,2 | 18,0 | 18,3 | 18,4 | 18,3 | 18,3 |
| Soziale Sachleistungen | D.632 | 4,3 | 4,4 | 4,3 | 4,3 | 4,3 | 4,4 |
| Tatsächlich geleistete Zinszahlungen | D.41 | 0,9 | 1,1 | 1,4 | 1,6 | 1,6 | 1,7 |
| Subventionen | D.3 | 2,4 | 3,0 | 1,7 | 1,4 | 1,4 | 1,4 |
| Bruttoinvestitionen | P.5 | 4,1 | 3,5 | 3,3 | 3,3 | 3,2 | 3,2 |
| Vermögenstransfers | D.9 | 0,9 | 1,1 | 0,8 | 0,7 | 0,6 | 0,5 |
| Sonstige | | 4,2 | 3,6 | 3,5 | 3,4 | 3,3 | 3,3 |
| Finanzierungssaldo | B.9 | -3,2 | -2,5 | -1,3 | -1,0 | -0,7 | -0,5 |
| Schuldenstand | GD | 78,4 | 76,7 | 74,2 | 71,7 | 69,5 | 67,5 |
| Stock Flow Anpassungen | | 0,5 | 1,1 | 0,6 | 0,2 | 0,3 | 0,2 |
| BIP-Nennereffekt auf Schuldenquote | | -7,6 | -5,4 | -4,4 | -3,7 | -3,2 | -2,7 |

Ausgewählte Maßnahmen (absolute budgetäre Wirkung in Mio EUR versus 2019*)

| | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|
| Konjunkturbelebende Maßnahmen und COVID-19-Maßnahmen | -8.774 | -4.189 | -2.616 | -1.717 | -783 | -483 |
| Gesundheitsausgaben | -3.302 | -1.007 | -557 | -275 | -100 | -100 |
| Investitionsprämie | -547 | -1.576 | -650 | -383 | 0 | 0 |
| Degressive Abschreibung | -1.220 | -1.530 | -1.400 | -1.100 | -800 | -500 |
| Sonstige COVID-19-Maßnahmen | -3.705 | -77 | -9 | 41 | 117 | 117 |
| Ökosoziale Steuerreform | -3.010 | -4.413 | -5.848 | -6.205 | -6.010 | -6.010 |
| CO ₂ -Bepreisung | 250 | 1.000 | 1.300 | 1.625 | 1.820 | 1.820 |
| Regionaler Klimabonus | -1.250 | -1.300 | -1.400 | -1.500 | -1.500 | -1.500 |
| Senkung Einkommensteuertarifstufen | -924 | -2.394 | -2.952 | -3.012 | -3.012 | -3.012 |
| Senkung Körperschaftsteuer | 0 | 0 | -500 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| Sonstige Maßnahmen (u.a. (Öko-)Investitionsfreibetrag) | -1.086 | -1.719 | -2.296 | -2.318 | -2.318 | -2.318 |
| Teuerungs-Entlastungsmaßnahmen | -7.320 | -11.724 | -1.999 | -966 | -964 | -954 |
| Einmalzahlungen 2022 ¹ | -4.580 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Steuerfreie Teuerungsprämie | -300 | -300 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Teuerungsabsetzbetrag | 0 | -620 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Vorziehen Erhöhung Familienbonus und Kindermehrbetrag | -140 | -140 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Einmalzahlung Pensionisten 2023 | 0 | -650 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aussetzen Pensionsaliquotierung | 0 | 0 | -166 | -200 | -200 | -200 |
| Stromkostenbremse | -170 | -2.150 | -1.120 | 0 | 0 | 0 |
| Abfederung Netzverlustkosten | 0 | -558 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Wohn- und Heizkostenzuschuss | 0 | -675 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Unternehmens-Energiekostenzuschuss I | -860 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Unternehmens-Energiekostenzuschuss II inkl. Pauschalmodell 2023 | 0 | -4.200 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Maßnahmen ² | -1.270 | -2.431 | -713 | -766 | -764 | -754 |
| Energiekrisenbeiträge für Strom und fossile Energieträger | 450 | 2.232 | -360 | 0 | 0 | 0 |
| Strategische Gasreserve | -3.800 | -95 | -95 | -25 | 0 | 0 |
| Budgeterhöhung Landesverteidigung | 0 | -680 | -1.090 | -1.490 | -2.001 | 0 |
| Insgesamt | -22.454 | -18.870 | -12.007 | -10.403 | -9.758 | -7.447 |

FISK Medium-Term-Objective (MTO: -0,5% des BIP) erst 2027 erreichbar



Quellen: Statistik Austria, FISK-Frühjahrsprognose 2023 und Stabilitätsprogramm 2022 bis 2026.